

## In der Bundesrepublik Deutschland vereint



Sonntag, 16. Juni 2007 – Oskar Lafontaine und Lothar Bisky sind als Parteivorsitzende gewählt

ND-Foto: B. Lange

Am 15. und 16. Juni 2007 fanden im Estrel-Hotel in Berlin drei Parteitage statt: die jeweils Letzten von Linkspartei.PDS und WASG sowie der Gründungsparteitag für **DIE LINKE**. Für zwei dieser Parteitage war ich gewählter Delegierter.

Berichten will ich dennoch über drei Parteitage. Für immer hat sich mir schließlich jene Nacht im Spätherbst 1989 eingebrannt, als die Geschichte der SED zu Ende ging und die der PDS begann. Da war ich erstmals Delegierter eines Parteitages.

Der wiederholte minutenlange Beifall, mit dem Hans Modrow auf dem letzten Parteitag der Linkspartei.PDS geehrt wurde, hat mir auch die Erinnerung seiner Mitternachtsrede auf jenem Sonderparteitag wieder sehr bewusst werden lassen. Ohne diese Rede gäbe es wohl heute **DIE LINKE** nicht. Denn da waren nicht wenige Träger später sehr

bekannter Namen, die damals die Auflösung dieser Partei forderten. Sie haben sich auch Dank Hans Modrow nicht durchsetzen können. Und so war seine Würdigung durch Lothar Bisky und Gregor Gysi anrührend und sehr verdient.

Aber auch ein technisches Detail des Gründungsparteitages der **LINKE** hat mich an jenen Sonderparteitag erinnert. Es gab einen spürbaren Zeitverzug, weil die für die Wahlen benutzte TED-Einrichtung ihren Dienst versagte und ein ganzer Wahlgang wiederholt werden musste. Als Mitglied der Wahlkom-

mission des Sonderparteitages hatte ich damals noch Kandidatenlisten mit mehr als 120 Namen lediglich mittels Strichlisten auszuzählen. Und um Mitternacht hatte ich auch die liegen lassen, um mir die Rede von Hans Modrow anzuhören. Das war schon eine Erinnerung wert, als auch der Einsatz moderner Technik uns die erhoffte Zeiteinsparung versagte.



mokratischer Sozialismus“ verbreitetes Papier, in dem es heißt: „Die Debatte darüber wann die Nutzung des Gewaltmonopols der UNO ein sinnvolles Instrument ist, muss auch in der Partei **DIE LINKE** möglich sein.“ ([http://www.forum-ds.de/article/771.die\\_linke\\_bejahren\\_die\\_gesellschaft\\_veraendern.html](http://www.forum-ds.de/article/771.die_linke_bejahren_die_gesellschaft_veraendern.html)).



mission des Sonderparteitages hatte ich damals noch Kandidatenlisten mit mehr als 120 Namen lediglich mittels Strichlisten auszuzählen. Und um Mitternacht hatte ich auch die liegen lassen, um mir die Rede von Hans Modrow anzuhören. Das war schon eine Erinnerung wert, als auch der Einsatz moderner Technik uns die erhoffte Zeiteinsparung versagte.



### In dieser Ausgabe:

Kontinuität und Erneuerung – von der SED zur Linken **3**

Landtagsreport **4**  
■ Mogelpackung zu Lasten unserer Kinder  
■ Freie Schulen – ja, aber ...

Landtagsabgeordnete vor Ort **5**  
■ Wem gehört der Aufschwung?  
■ Klärwerk Fürstenwalde: Jetzt ist Zeit, umzudenken!

G8: Protest ist notwendig **6**

Kreistagsreport **8**  
■ Haushalt zu Lasten der Bürger konsoliert  
■ Ruhe um die „Schulentwicklungsplanung“?

Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen **9**

Fürstenwalde: Eltern wehren sich! **12**



## Schön, heute hier zu sein

Liebe Freunde!

Ich war nie in meinem Leben Mitglied einer Partei und ich habe auch nicht vor das zu ändern. Denn ich bin bis heute der Meinung, dass die Politik poetischer werden muss und nicht umgekehrt.

Trotzdem bin ich gerne heute hier, weil ich der festen Überzeugung bin, dass diese neue Linke

eine geradezu unerlässliche demokratische Notwendigkeit ist. Ich wünsche uns allen, dass diese junge Partei sich bewegt und vor allem eine Bewegung bleibt und kein seelenloser Apparat wird. Dass diese Partei von Menschen beseelt wird, Menschen, die ein großes und mitfühlendes Herz haben für alle Ausgegrenzten und seitlich Umgeknickten, für alle Opfer eines hemmungslos gierigen, unmenschlichen und kriegerischen Neoliberalismus.

Ich habe ein Gedicht von Lothar Zenetti gefunden:

*Was keiner wagt, das sollt ihr wagen  
Was keiner sagt, das sagt heraus  
Was keiner denkt, das wagt zu denken  
Was keiner anfängt, das führt aus.*

*Wenn keiner ja sagt, sollt ihr's sagen  
Wenn keiner nein sagt, sagt doch nein  
Wenn alle zweifeln, wagt zu glauben  
Wenn alle mittun, steht allein.*

*Wo alle loben, habt Bedenken  
Wo alle spotten, spottet nicht  
Wo alle geizen, wagt zu schenken  
Wo alles dunkel ist, macht Licht.*



Zeichnung: Gertrud Zucker, Bad Saarow

Hier ist nicht der Platz, über den Sinn oder Unsinn des Begriffs „Gewaltmonopol der UNO“ zu streiten. Dieses „Instrument“ nutzen, heißt unter der Fahne der UNO Krieg zu führen.

Es war Oskar Lafontaine, der auf dem Gründungsparteitag daran erinnerte: „Da ist Karl Liebknecht, der wirklich mit seinem Leben gezeigt hat, dass nichts schwerer ist, als dem Geist der Zeit zu widerstehen, der das chinesische Sprichwort bestätigt hat: **„Nur tote Fische schwimmen immer mit dem Strom“**. Karl Liebknecht war ein Mann, der Widerstand geleistet hat. Er hat das Erbe der Arbeiterbewegung, gegen Krieg zu sein, begründet, als er gegen die Kriegskredite im Deutschen Reichstag gestimmt hat.“ Also: Wer immer das Banner des demokratischen Sozialismus hoch halten will, der denke an Karl Liebknecht, den Friedenskämpfer, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der zum Gründer der KPD wurde.

Oskar Lafontaine erinnerte an eine weitere historische Persönlichkeit der internationalen Arbeiterbewegung: „Jean Jaurés, der große Sozialist, sagte: ‚Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen!‘ Darüber müssen wir wieder nachdenken, liebe Genossinnen und Genossen.“

Nun sind wir Mitglied einer neuen Partei. Diese Partei sieht sich „in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung! Sie steht in der Tradition derer, die unter den Sozialistengesetzen Bismarcks verfolgt waren und sie stehen in der Tradition derer, die in den Konzentrationslagern Hitlers umgekommen sind, und sie fühlt sich dem Erbe derer verpflichtet, die als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR eingesperrt waren wie den Kommunistinnen und Kommunisten, die in der Bundesrepublik Deutschland eingesperrt und verfolgt wurden. Beides gehört zusammen, und beides muss gesagt werden.“

Wir wollen mitwirken am Aufbau des Sozialismus des 21. Jahrhunderts und unterstützen die Sozialismus-Versuche in Südamerika. Sie geben uns Hoffnung in Europa und in aller Welt! Diese Worte des Parteivorsitzenden fanden eine treffliche Ergänzung durch Frank Castorf. Der meinte in seiner Rede vor dem Parteitag: Wer vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts in

Südamerika spricht, der darf den Anteil des alten Commandante aus Havanna nicht vergessen.

Die Kampfansage des Gründungsparteitages ist in der bundesrepublikanischen und in der brandenburgischen Politik verstanden worden. Wie sonst ist der Wunsch des brandenburgischen Ministerpräsidenten zu verstehen, die LINKE in Brandenburg solle sich nicht aus dem Saarland steuern lassen. (Sie soll der brave, mit der CDU austauschbare Juniorpartner sein, wenn er eines Tages meint, mit dieser Partei seine Politik machen zu können.)

„Im Berliner Estrel-Hotel, dort wo vor fast genau vier Jahren der Niedergang der SPD mit der Verabschiedung der Agenda 2010 besiegelt wurde, feierte DIE LINKE einen neuen Anfang. 74 Jahre nach der Zerschlagung der Linken durch den Faschismus und gut 50 Jahre, nachdem unter Adenauer die KPD erneut verboten wurde, gibt es wieder eine starke gesamtdeutsche Linke. Die Zukunft wird zeigen, wie erfolgreich die neue Partei „DIE LINKE.“ sein wird.

„Die mitreißende und emotionale Rede Oskar Lafontaines macht viel Mut und lässt auf Großes hoffen. Seine Forderungen nach der Verteidigung des Sozialstaates, für das Ende völkerrechtswidriger Kriege, nach der Rekommunalisierung der Energieversorgung, nach ökologischer Erneuerung, nach der Verhinderung wirtschaftlicher Macht und nach mehr direkter Demokratie dürfen keine leeren Worthülsen bleiben, sie müssen mit Leben gefüllt werden!“

Mit diesen Worten beginnen Delegierte aus Gütersloh ihren Bericht vom Parteitag. Ich will meinen Bericht damit beenden. Denn in diesem Sinne weitermachen und besser machen – ob in der Kommunalpolitik oder in der Diskussion des Parteiprogramms der LINKEN – das will ich schon.

*Dr. Artur Pech, Schöneiche*

### DIE LINKE

Bundesgeschäftsstelle  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon (0 30) 24 00 95 20  
Telefax (0 30) 24 00 93 10  
E-Mail [bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de](mailto:bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de)  
Internet [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

# Kontinuität und Erneuerung – von der SED zur Linken

1969, ich trete mit 18 Jahren in die SED ein. Als junger Mensch habe ich die Hoffnung, in einer regierenden Partei, mitzuhelfen, den Sozialismus aufzubauen, damit es allen Menschen immer besser geht. Gerechtigkeit und Frieden sind meine Ziele. In den nächsten Jahren stoße ich mir so manches Horn ab und muss einsehen, dass manches nicht so geht, wie ich mir das gedacht habe. Oft tröste ich mich mit der Aussage: „Die Genossen werden sich schon etwas dabei gedacht haben.“

1989, ich spüre, in der DDR muss sich was ändern. Im kleinen Kreis suchen meine Freunde und ich nach einem Ausweg. Zu spät, das Leben bestraft uns, die DDR bricht an ihren eigenen Fehlern zusammen. Die DDR war mein Vater- und Mutterland. Ich habe an dem Versuch eine gerechte und friedliche Gesellschaft zu bauen bewusst mitgewirkt. Vor meinen Fehlern laufe ich nicht davon und stelle mich der Verantwortung. Ich bleibe in der Partei, die sich nun SED-PDS nennt. Mag man mich kritisieren, manchmal auch diffamieren, ich weiß aus der Theorie, was mit dem kapitalistischen System der Bundesrepublik auf uns zukommt: Arbeitslosigkeit, Armut und NATO.

Als Gesellschaftswissenschaftler kann ich nur sagen: „Das ist nicht das Ende der Geschichte. Die Menschheit hat, wenn sie sich nicht selbst zerstört, nur eine Chance, sich weiterzuentwickeln. Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, um Profit zu realisieren und Kriege sind unmenschlich

und ungerecht.“ Ein Mensch allein richtet nichts gegen die Macht der Wirtschaft und Politik aus. Also bleibe ich in der Partei, die 1990 die Buchstaben SED aus ihrem Namen streicht und bis 2005 Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) heißt. Mein Betätigungsfeld finde ich als Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung Erkner und im Arbeitslosenverband, in der Beratung der Menschen, die ihre Erwerbsmöglichkeiten verloren haben und bei den Montagsdemonstrationen. Die Partei, die jetzt Linkspartei.PDS heißt ist die einzige, die sich konsequent gegen Hartz IV stellt und für gerechte soziale Lösungen arbeitet.

2004 entsteht eine neue Kraft die sich „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ nennt. Meine Ziele sind schon in ihrem Namen genannt. Was lag näher als ein Zusammenschluss?

2007, seit dem 16. Juni bin ich nun Mitglied der Partei DIE LINKE.

Viele Namen – eine Partei? Das können nur diejenigen mit Ja beantworten, die die Entwicklung nicht sehen oder sehen wollen. Zwischen der Partei, in die ich eintrat, und der, in der ich jetzt organisiert bin, liegen Welten. Zwar habe ich immer noch in meinen Genossen Verbündete im Ringen um Gerechtigkeit und Frieden, aber ich habe gelernt, dass wir keine Glücksbringer sein können, sondern Sammelpunkt der Menschen, die sich für eine gerechtere friedliche Welt engagieren.

Ich habe gelernt, dass es auch in meiner Partei unterschiedliche Standpunkte geben darf und muss



Helga Paschek, Vorsitzende der Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde, und Stephan Wende, Vorsitzender DIE LINKE im Oder-Spree-Kreis während des letzten Parteitag der DIE LINKE.PDS am 15. Juni

und dass diese mit demokratischen Mitteln ausgefochten werden können.

Ich weiß, dass mit der Parteineugründung viele, auch innerparteiliche Probleme und Konflikte nicht gelöst sind, sondern erst jetzt angepackt werden müssen. Ich werde daran mitwirken.

Ich wünsche mir, dass ich mein 40-jähriges Parteiubiläum im Jahr 2009 in einer Partei begehen kann, die sich von den etablierten Parteien dieser Bundesrepublik unterscheidet, die mehr junge Mitglieder als heute hat, die demokratisch, streitbar und revolutionär nach innen und außen ist. In meiner Partei darf es nicht um Pöstchen für den Einen oder den Anderen gehen, um die Interessen des Geldverdienens, sondern um den Einfluss auf die gesellschaftlichen Prozesse hin zu echter Gerechtigkeit, einer neuen Gesellschaftsordnung und im Frieden. Egal ist mir, wie die Partei dann heißt.

Dr. Elvira Strauß, Erkner  
Mitglied des Kriesvorstands Oder-Spree

## Geschäftsführender Parteivorstand:

- Lothar Bisky (Parteivorsitzender)
- Oskar Lafontaine (Parteivorsitzender)
- Katja Kipping (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Katina Schubert (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Ulrike Zerhau (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Klaus Ernst (stellvertretender Parteivorsitzender)
- Karl Holluba (Bundesschatzmeister)
- Dietmar Bartsch (Bundesgeschäftsführer)
- Christel Rajda (Finanzbeauftragte, Schwerpunkt alte Bundesländer)
- Ulrich Maurer (Parteibildungsbeauftragter, Schwerpunkt alte Bundesländer)
- Christine Buchholz
- Angelika Gramkow

**Parteivorstand:** besteht aus 44 Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes.

## Beschlüsse des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE

- Gründungsbeschluss der Partei DIE LINKE
  - Wir sind gekommen um zu bleiben! !
  - Hier ist DIE LINKE! Gemeinsam für Arbeit, soziale Gerechtigkeit, demokratische Rechte und Frieden!
  - Anerkennung des Jugendverbandes Linksjugend [solid] und des Studierendenverbandes DIE LINKE.Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE.SDS)
  - DIE LINKE macht Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 EURO +!
  - Heiligendamm – erfolgreicher Protest und ein Gipfel hinter Stacheldraht
  - Bundeswehreinräte in Afghanistan beenden!
  - Nein zu Studiengebühren – Solidarität mit den KommilitonInnen des Gebührenboykotts
  - Kitakampagne
  - Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum
  - Resolution: Solidarität mit den streikenden Telekom-Beschäftigten
  - Solidarität mit den von Entlassung bedrohten Beschäftigten der Quelle/Neckermann Management Services in Nürnberg, Fürth und Leipzig
- Alle Dokumente des Parteitags unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) und in „DISPUT“, Juni 2007



Peer Jürgens, Erkner

Hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Kontakt:  
peer.juergens@lt-pds-fraktion.brandenburg.de

www.peer-juergens.de

## Landtag Brandenburg verabschiedet neues Kitagesetz

# Mogelpackung zu Lasten unserer Kinder

Der Landtag Brandenburg hat Anfang Juni diesen Jahres gegen die Stimmen der Linksfraktion ein neues Kita-Gesetz beschlossen. Was von der Regierung und der SPD-CDU-Koalition als „großer Erfolg“ und als „Qualitätsverbesserung“ gefeiert wurde, entpuppt sich schnell als Mogelpackung. Eine wirkliche Verbesserung für die Kinderbetreuung stellt dieses Gesetz jedenfalls nicht dar.

Die (magere) Ausweitung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung ist nur eine teilweise Zurücknahme der Regierungsbeschlüsse von 1999 und 2003. Damals hatte die Koalition den Rechtsanspruch trotz massiver Proteste erheblich eingeschränkt. Anscheinend braucht man im Bildungsministerium mehrere Jahre, um Fehlentscheidungen anzuerkennen. Und trotzdem bleibt die

jetzige Regelung ungerecht. Kinder zwischen 0 und 3 Jahren haben weiterhin keinen Anspruch auf Betreuung, wenn ihre Eltern arbeitslos sind oder Elternzeit wahrnehmen. Dabei ist gerade in diesem Alter der Kontakt mit Gleichaltrigen und eine professionelle Bildung und Betreuung enorm wichtig.

Die mit dem Gesetz eingeführte Sprachförderung – von der Rot-Roten Koalition in Berlin bereits vor mehreren Jahren eingeführt – ist ebenso ein Fehlgriff. Sie ist nicht nur finanziell zu gering ausgestattet, sie wird auch zum falschen Zeitpunkt durchgeführt. Die Experten haben in der Anhörung gefordert, die Sprachförderung früher als ein Jahr vor Schulbeginn zu starten. Aber hier war die Koalition, wie übrigens zu allen Empfehlungen der Experten, auf beiden Ohren taub.

Zu kurz gegriffen ist auch die Verankerung von Grundsätzen elementarer Bildung. Wer wirklich Qualität will, muss Standards klar definieren, die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und die erforderlichen Unterstützungssysteme bereitstellen. Das alles vermisst man genauso im Gesetz wie die dringend benötigte Erhöhung des Personalschlüssels für die Betreuung.

Beim Thema Kinderbetreuung ist die Landesregierung bereits drei Schritte zurückgegangen. Dass sie jetzt einen Schritt vor geht, verkauft sie als „Offensive“. In Wirklichkeit ist es der völlig unzureichende Versuch, die Betreuung unserer Kinder besser und gerechter zu gestalten. Mit der Ablehnung unserer Änderungsanträge hat die Koalition diese Chance leider verpasst.

Peer Jürgens, MdL, Erkner



17. 11. 2001: Anhörung zur kreislichen Schulentwicklungsplanung in Erkner – 2007: Gesamtschule Neu Zittau gibt es nicht mehr in der Schullandschaft, man spricht von der bevorstehenden Eröffnung einer privaten Oberschule.



## Freie Schulen besetzen durch Schließung staatlicher Schulen entstandene Versorgungslücken im Land

# Freie Schulen – ja, aber ...

Für DIE LINKE gehört Bildung zu den pflichtigen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Unabhängig davon können Schulen in freier Trägerschaft ein sinnvolles ergänzendes Angebot zu den Schulen in öffentlicher Trägerschaft sein, da sie oft die Palette der pädagogischen Angebote und Konzepte erweitern und ergänzen. Für problematisch hält DIE LINKE allerdings einige brandenburgische Entwicklungstrends, die sich seit mehreren Jahren im Schulbereich auf Grund der Politik der Landesregierung abzeichnen: Staatliche Schulen werden auf Grund sinkender Schülerzahlen geschlossen, der Run auf Schulen in freier Trägerschaft nimmt drastisch zu. Gegenwärtig lernen sieben Prozent aller Schüler in Privatschulen; es liegen weitere 47 Anträge auf Genehmigung solcher Schulen vor.

DIE LINKE setzt sich für einen fairen Wettbewerb zwischen Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft ein. Das setzt allerdings voraus, dass für beide vergleichbare Rahmenbedingungen geschaffen

werden und sie allen Kindern – auch denen aus sozial schwachen Elternhäusern – uneingeschränkt offen stehen.

Peer Jürgens, MdL, Erkner

## Zum Hintergrund

Insbesondere seit dem Schuljahr 1999/2000 verläuft die Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die Schulen in freier Trägerschaft besuchen, der der öffentlichen Schulen geradezu entgegengesetzt.

Während die Schülerzahl an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft vom Schuljahr 1999/2000 bis zum Schuljahr 2004/2005 um 25 Prozent gesunken ist, ist sie an den Schulen in freier Trägerschaft im gleichen Zeitraum um nahezu 90 Prozent gestiegen.

Bei der Zahl der Schulen steht einer Abnahme von rund 15 Prozent eine Zunahme von ebenfalls rund 115 Prozent gegenüber.

# Wem gehört der Aufschwung?

Alle reden vom Aufschwung. Der CDU-Fraktionschef Thomas Lunacek bezeichnete in der jüngsten Debatte des Brandenburger Landtages Frau Merkel gar als die Mutter des Aufwärtstrends. Daraufhin machte Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) Altbundeskanzler Gerhard Schröder zum Vater des Erfolges. Da kommt mir doch der Gedanke, dass vielleicht auch Urgroßvater Karl Marx mit im Spiel gewesen sein könnte. Schließlich hat er die zyklische Krise in der kapitalistischen Wirtschaft beschrieben. Und um etwas anderes handelt es sich ja wohl kaum bei der gegenwärtigen Entwicklung, will ich von der renommierten Wirtschaftswissenschaftlerin Frau Prof. Dr. Christa Luft bei unserem gemeinsamen Forum in Woltersdorf im Juni wissen. Sie bestätigt, dass es der Wirtschaft tatsächlich gut wie lange nicht geht. Die Auftragsbücher sind voll. Nach Jahren der Investitionsflaute sind Maschinen und Anlagen teils veraltet oder zerschlagen und müssen ersetzt werden. Starke Impuls kommen vom boomenden Export.

Vor den rund 40 interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern warnt sie zugleich: Dem Aufschwung wird wieder ein Abschwung folgen.

Die kapitalistische Wirtschaft entwickelt sich nun einmal in Zyklen, nicht nur theoretisch. Das ist kein Erfolg der Wirtschaftspolitik der Koalition. Wenn die Konjunktur wegbriecht, gehen Zuwachsraten und Steuereinnahmen wieder zurück. Die umjubelten Mehreinnahmen werden ab 2008 durch die jüngst beschlossene Entlastung der großen Unternehmen um gut 25 Milliarden Euro ohnehin wieder reduziert werden.

Und Christa Luft argumentiert in der lebhaften Diskussion auf Nachfrage weiter: Der so genannte Aufschwung komme im Alltag vieler Menschen schon jetzt gar nicht an. Er bleibe bei den Vermögenden. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt zu. Wir haben real in Deutschland derzeit 6 bis 7 Mio. Arbeitslose. Der Niedriglohnbereich weitet sich aus. Ein-Euro-Jobber entlasten die Arbeitsmarktstatistik. Die Zahl der Zeit- und Leiharbeiter verdoppelte sich seit 2006. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich wird tiefer. Der Expertin fehlt seitens der Regierungskoalition eine Strategie zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Belegung und zur Abfederung der folgenden Flaute. Es mangle auch



an der Einsicht, dass ursächlich für die Stagnation in der ersten Hälfte dieses Jahrzehntes nicht überregulierte Arbeitsmärkte und beschäftigungsfeindliche soziale Sicherungssysteme verantwortlich waren, sondern die Kürzung öffentlicher Ausgaben, Lohnzurückhaltung und falscher Reformeifer. Christa Luft schlussfolgert in unserem Gespräch nach Alternativen befragt: Haushalte lassen sich nicht mit noch so hartem Sparen konsolidieren. Es geht vielmehr um wissensbasierte umweltverträgliche Wertschöpfung, existenzsichernde Beschäftigung und um eine der Leistungsfähigkeit angemessene, sozial gerechte Besteuerung von Einkommen, Gewinnen und Vermögen.

*Renate Adolph, MdL, Hönow*

Renate Adolph im Gespräch mit Prof. Dr. Christa Luft in Woltersdorf

Kontakt:  
Renate@adolph.de

[www.adolph.de](http://www.adolph.de)

# Klärwerk Fürstenwalde: Jetzt ist Zeit, umzudenken!

Das Hickhack um die Klärwerkserweiterung in Fürstenwalde ist in eine neue Runde gelangt. Vermutlich wird die Wasserentsorgung deutlich teurer werden, weil eine vierte Reinigungsstufe gebaut werden muss, heißt es nun aus dem Verband. Doch die Lage des Klärwerks in Nähe zum Fauna-Flora-Habitat-Gebiet Müggelspree ist keine Neuigkeit und die derzeitige Einleitung vorgeklärter Abwässer ökologisch fraglich. Die Überraschung bei Verband und Verbandsvorsteher Reim dürfte sich also in Grenzen halten.

Schließlich hat das Landesumweltamt nichts anderes getan, als der von mir in der Vergangenheit unterstützten Grünen Liga und anderen Umweltaktivisten Recht zu geben und zu unterbinden, dass gereinigtes Abwasser nicht mehr so konzentriert verrieselt werden darf. Seit langem besteht also vor

Ort ein Zustand, der nun endlich als nicht mehr erlaubnisfähig angesehen wird. Auch meinen Aktivitäten im Landtag dürfte es geschuldet sein, dass diese stets kritikwürdige Sondergenehmigung hoffentlich bald Geschichte ist. Doch die Vorgaben des Landesumweltamtes und der Auftrag, vom Verband bis Ende des Jahres ein Konzept vorzulegen, ist auch jetzt die Chance, umzudenken und neue Wege zu beschreiten.

Statt zu lamentieren und sich in Sarkasmus zu üben, sollte im Verband die Einsicht reifen, dass an die überlastfahrende Kläranlage doch nicht mehr jeder Bürger zwangsweise angeschlossen werden darf. Vor allem dann nicht, wenn diese Bürger Kleinkläranlagen in Nutzwasserrückgewinnungsanlagen verwandelt haben, wenn sie Wasser benutzen, mehrfach verwenden und hier im Boden belassen und nicht

einfach nur wie der Verband ein- und fortleiten. Dieser Tage toben vor Gericht erbitterte Kämpfe um Zwangskanalanschlüsse, um Bußgelder, Beugehaft. Das alles kann, das alles muss ein Ende haben.

Das zu erarbeitende Konzept muss Grundlage dafür sein, Umweltaktivisten zu fördern und nicht zu verfolgen. Auch das entspannt die Entsorgungsfrage im Klärwerk und nimmt Druck aus der Situation. Es dürfte auch finanziell Sinn machen. Keinesfalls darf den Bürgern Angst gemacht werden, dass die Wasser- und Abwasserpreise weiter steigen. Das muss nicht sein und das Nahrungsmittel Wasser steht für Preistreiber auch nicht zur Verfügung. Im Landtag werde ich weiter diese Frage begleiten. Es ist Zeit, nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander nach Lösungen zu suchen, Herr Reim.

*Stefan Sarrach, MdL, Fürstenwalde*



Stefan Sarrach äußert sich zu den bekannt gewordenen Vorgaben des Landesumweltamtes für eine Klärwerkserweiterung in Fürstenwalde

Kontakt:  
buergerbuero@sarrach.de

[www.sarrach.de](http://www.sarrach.de)



# Protest ist notwendig

Christopher Voss, [solid] Fürstenwalde im Interview



Christopher Voss

## Gipfel der Worthülsen

Verschänzt in einem goldenen Käfig haben die G8 einen Gipfel der Worthülsen zelebriert und sich darin ergangen. Angela Merkel hat nichts erreicht als Unverbindlichkeiten.

Heiligendamm markiert zugleich eine nie dagewesene massive Einschränkung der Grundrechte. Während der G8-Tage wurde das Demonstrationsrecht mit einem maßlos übertriebenen Sicherheitskonzept zur Makulatur gemacht. Die Globalisierungskritikerinnen und -kritiker haben bis auf die nicht zu akzeptierenden Ausschreitungen am Beginn mit friedlichen und phantasievollen Protesten diese Sicherheitshysterie ad absurdum geführt. Ein Erfolg war der Gipfel nur für diese Kritikerinnen und Kritiker, die Kriege, Armut und Elend in der Dritten Welt, Armut und Ungerechtigkeiten in der eigenen Gesellschaft bekämpfen und die Klimakatastrophe verhindern wollen.

Gregor Gysi, MdB, Fraktion DIE LINKE

*Am 2. Juni fand die internationale Großdemo gegen die G8 statt, an der sich eure Ortsgruppe von [solid] Fürstenwalde beteiligt hat. Wieso seid ihr nach Rostock gefahren?*

Seit Jahren versuchen die G8 die Massen mit ihren leeren Versprechungen zur Lösung globaler Probleme zu beruhigen. Uns kann man nicht an der Nase herumführen. Um unseren Unmut über die vernichtende Politik der G8-Staaten Ausdruck zu verleihen, nahmen wir deshalb an den friedlichen Demonstrationen teil.

*Welche drei Kritikpunkte an den G8-Staaten fallen dir spontan ein?*

Ui, da fallen mir gleich ein Dutzend ein. Vor allem aber die Kriege um Rohstoffe. Die USA marschierten mit Hilfe anderer kapitalistischer Großmächte in Länder wie Irak und Afghanistan ein. Weswegen? Doch nicht wegen dem Schutz der Menschenrechte. Die werden fast auf dem ganzen Erdball mit Füßen getreten.

*Weswegen dann?*

Der Irak ist interessant wegen seiner Öl-Vorkommen, Afghanistan u.a. wegen seiner möglichen Ölpipelines vom Kaspischen Meer zum Indischen Ozean. Beide sind Nachbarländer des Iran. Da liegen auch noch enorme Ölreserven, die man sich mit einem Angriff von Ost und West sichern will.

Weiterhin kritisieren wir auch sehr stark, die Arroganz und Naivität der Klimapolitik dieser Industriestaaten. Deren Regierungen bewegen sich in Sachen Klimaschutz im Schnecken tempo, anstatt auf der Überholspur Vollgas zu geben.

*Erzähl uns doch deine Eindrücke des Demozuges Richtung Hafen.*

Wir haben vor Ort einen wirklich sehr bunten Protest von Linkspartei, attack, Friedensbewegungen, Kirchenverbände, Greenpeace und noch vielen mehr gesehen. Natürlich waren auch [solid]s aus weiten Teilen der Republik dort. So begannen wir einen einstündigen Protestmarsch in Richtung Rostocker Hafen. An die eigentliche Spitze der Bewegung hatte sich die Polizei gesetzt. Leider nicht als Demonst-

ranten, sondern als Spaßbremsen. Naja, eben eine Berufskrankheit.

*Am Hafen kam es dann zu schweren gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und den Polizeibeamten. Konntest du beobachten wie es dazu gekommen war?*

Den Anfang der Ausschreitungen hatte ich nicht mitverfolgt, da ich mich dafür zu nahe der Bühne befand. Als ich jedoch rennende Polizeitrupps von Ferne erkannte, begab ich mich näher an den Herd, um mir selbst ein Bild der Lage vor Ort zu machen. Auf die Berichterstattung kann man nicht viel geben, schließlich dienen die großen Fernsehanstalten eher den Interessen des Großkapitals und der herrschenden Politikelite.

*Du kannst also nicht sagen, wer da wen provoziert hat?*

Nun, aus der Sicht einiger Demonstranten provozierte die Polizei mit ihrer Präsenz (v.a. den Wasserwerfern) vor Ort. Das rechtfertigt natürlich keine Gewalt. Ob es nun ein als Autonom verkleideter Polizist war, der den ersten Stein geworfen hat oder ein paar dumme Demonstranten sei mal dahingestellt. Natürlich gab es Autonome, die sich schon fest vorgenommen hatten dort Stress zu machen. Das es jedoch 2000 gewesen sein sollen, so wie es die großen Medien verkündet hatten, ist einfach absurd. Fakt ist, danach wurde auf beiden Seiten etwas falsch gemacht, so dass sich die Situation hochschaukelte

*Wie haben sich aus deiner Sicht die Ausschreitungen abgespielt? Wie bewertest du das Verhalten der beiden Seiten in dieser Situation?*

Ganz wichtig ist, dass man nicht alle über einen Kamm schert, weder die Autonomen noch die Polizei. Wenn ich als Polizist, mit Steinen, beworfen werde, kann ich natürlich nicht so tun, als sei das Watte. Wenn aber dann mit Schlagstöcken bewaffnete Polizeitrupps in die Menge vorstoßen, um Personen herauszugreifen und dabei Unbeteiligte verletzt werden, ist das nicht zu rechtfertigen. Des Weiteren war zu beobachten, wie am Boden liegende Demonstranten von bis zu vier Polizisten gleichzeitig zusammengetreten wurden.

*Ist dir auch etwas zugestoßen?*

Ich hatte nur überraschender Weise etwas Tränengas eingeatmet, obwohl ich weit genug von den Ausschreitungen entfernt war. Doch als plötzlich zwei Wasserwerfer angesaut kamen, die auf eine sehr große Masse von eingekesselten Demonstranten schossen und gleichzeitig die Staatsgewalt vorrückte, bewegten sich hunderte, ich miteingeschlossen, Richtung Hafenmauer. In der Panik haben wir Absperrungen umgeworfen, um zu Verhindern, dass sich die Demonstranten gegenseitig zertrampelten.

Leid taten mir nur zu Unrecht verhaftete Journalisten, zu Unrecht verhaftete Demonstranten und Dutzende zu Unrecht mit Tränengas beworfene BürgerInnen.

*Ich danke dir für das Gespräch und wünsche eurer Ortsgruppe weiterhin gutes Gelingen im politischen Alltag. Die Fragen stellte Dr. Elvira Strauß*





# Wem nützt es?

## Eine andere Sicht von einem Demonstrationstag

Bilder von Steine werfenden, randalierenden Jugendlichen bleiben dem Zeitungleser und Fernsehzuschauer von der Anti-G8-Demo am 2. Juni in Rostock haften. Ich war dabei – nicht bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Ich habe einen ganzen Tag eine friedliche Demonstration von rund 80000 Menschen gegen das Diktat einiger weniger Staaten gegenüber dem Rest von nahezu 200 Ländern dieser Erde erlebt. Meine 20jährige Tochter und ich waren begeistert von dem bunten Demonstrationzug mit Gesang, Getrommel, einfallsreichen, zum Teil humorvollen Sprüchen aus Mikrofonen und auf Plakaten.

Wir sahen uns vereint mit vielen, vielen fröhlichen, vor allem jungen Menschen, die Fahnen, Luftballons und Transparente von Greenpeace, den Grünen, sogar von der SPD, den Jusos, von Gewerkschaften, christlichen Vereinigungen, ausländischen und unzähligen anderen Gruppen sowie unübersehbar von der Linkspartei mit sich trugen. Es war eine großartige Stimmung. Man freute sich, dass wir so viele

waren, lächelte sich zu, scherzte miteinander.

Davon allerdings habe ich keine Bilder in den Nachrichtensendungen gesehen. Auch spielten die Inhalte, warum so viele nach Rostock gekommen waren, keine Rolle mehr. Das beherrschende Thema waren Krawalle, die vermeintlich linke Autonome angestiftet hatten. Die Globalisierungskritik der Mehrheit war in den Rauchschwaden brennender Autos, dem Steine werfen einer Minderheit und den Wasserwerfern der Polizei untergegangen. Kritik und Protest wurden von der Öffentlichkeit als Zerstörung und Gewalt wahrgenommen und mit ihr gleichgesetzt. Die Linke wurde wieder einmal diskreditiert.

Es blieb ein Bild von autonomen Kaoten. Der so genannte schwarze Block hat in Rostock vor allem ein Anliegen erfolgreich bekämpft – den legitimen und wirkungsvollen Demonstrationzug der Gewaltlosen. Genossen sagten mir an darauffolgenden Tagen: Na zu solchen Treffen Linksradikaler gehe ich doch nicht.

Ich finde, nun erst recht müssen wir friedlich und gemeinsam mit allen, die es wollen für eine gerechte und menschenwürdige Welt wirkungsvoll die Stimme erheben. Krawalle schaden uns nur.

*Renate Adolph  
Mitglied des Landtags Brandenburg*



*Renate Adolph während der friedlichen Demonstration am 2. Juni in Rostock  
Fotos: Renate Adolph*

Klimaschutz ist das Thema schlechthin. Abgesehen von den beinahe genüsslich dargebotenen Szenarien, was denn so alles geschehen wird, wenn sich die Temperaturen mehr als bereits jetzt zu erwarten erhöhen, gibt es natürlich auch realistische Stimmen.

Beim G8-Gipfel allerdings wird ein Schwarzer-Peter-Spiel zu erwarten sein. Schon seit langem werden die sich entwickelnden Staaten, allen voran China und Indien, aber auch Brasilien, Mexiko und Südafrika, zu den Buhmännern der Welt gemacht. Vor allem China mit seinen 1,3 Milliarden Menschen und einem Wirtschaftswachstum von jährlich 11 Prozent würde schon im nächsten Jahr der weltgrößte CO<sub>2</sub>-Produzent werden.

Wer sich von dieser Milchmädchenrechnung überrumpeln lässt, bekommt freilich ein flausches Gefühl in der Magengegend. Da ist schnell vergessen (oder nicht bekannt), dass der Pro-Kopf-Ausstoß an CO<sub>2</sub> in Deutschland viermal so hoch und in den USA sechsmal so hoch wie in China ist.

Als klimaverträglich nennen Experten höchstens drei Tonnen pro Kopf. Chinesen erzeugen derzeit 3,1 und Inder 1,1 Tonnen ... Und doch werden sie nicht auf diesem Stand bleiben. Wirtschaft braucht Energieerzeugung. Erinnern Sie sich, lieber Leser, an die Querelen, die im Zusammenhang mit dem gigantischen Wasserkraftwerksbau in China durch die Presse geisterten? Wie viel wurde aber dadurch für die Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Ausstoß getan!

Klimaschutz kostet Geld. Viel Geld. In unserer Entwicklungszeit haben wir es auch nicht ausgegeben (welche Umweltsünden haben wir uns zu

DDR-Zeiten geleistet!). Schließlich erzeugten die Industriestaaten drei Viertel der von 1950 bis 2002 ausgestoßenen Treibhausgase. Einer meiner indischen Freunde sagte treffend, das wäre wie bei einer Gartenparty, wenn die gierigsten Gäste bereits den Kuchen fast aufgegessen haben und nun den hungrigen die letzten Stücken nur unter Auflagen gönnten.

China legte einen eigenen nationalen Klimaschutzplan vor. Dieser sieht vor, dass die Industrieländer beim Klimaschutz die technische und finanzielle Vorreiterrolle übernehmen müssen. Bindende Ziele für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß legte man nicht fest.

In diesem Punkt – 20prozentige Absenkung der Emissionen bis 2020 – gibt es ohnehin unterschiedliche Erfolge: Während Großbritannien seine Zielmarke von 12,5 Prozent bis 2004 schon übererfüllt hat, meldete Italien ein Plus von 12,1. In Deutschland und den USA geht es auf und ab.

Wie wollen die Regierungen übrigen Einfluss auf das Alltagsverhalten ihrer Bürger nehmen? Reicht da ein Steueraufschlag auf verbrauchsintensive Kraftfahrzeuge? Wird der Ausbau regenerativer Energiegewinnung (Wind, Sonne) durch falsche Förderung nicht eher politisch-ideologisch als wirtschaftlich effektiv angegangen?

Das Schwarzer-Peter-Spiel führt in den Köpfen der Menschen zu dem Eindruck, dass nicht sie selbst angesprochen sind, energiebewusst zu leben. Da sollen doch erstmal die Chinesen und Inder ...

Dr. Ralph Donath  
aus „BAB LokalAnzeiger“, Kolumne in Nr.23/2007

## Schwarzer-Peter-Spiel



**Dr. Artur Pech**  
Schöneiche

Mitglied des Kreistages  
Oder-Spree, Fraktion  
DIE LINKE,  
Vorsitzender des  
Haushalts- und  
Finanzausschusses,  
Kontakt:  
A.Pech@t-online.de

## Haushalt zu Lasten der Bürger konsolidiert

Der Kreistag am 27. Juni begann mit dem Bericht des Seniorenbearates im Landkreis. In der Bürgerfragestunde traten drei Probleme zu Tage, die uns schon länger – oder immer wieder – beschäftigen.

Da ging es einmal um die *Müllgebühren für die Kleingärtner* im Landkreis. Tatsächlich hat ein wenig sensibler Umgang mit diesem Problem zu einer Zuspitzung geführt, hoffentlich lässt sich das Problem abseits von Prinzipienreiterei mit der demnächst fälligen Neufassung der Gebührensatzung lösen.

Danach kam als klassischer Dauerbrenner das für die Menschen in *Eisenhüttenstadt* wenig ersprießliche Verhältnis zwischen ihrer Stadtverwaltung und der Kreisverwaltung ins Gespräch. *Die Stadt war veranlasst worden, aus Gründen der „Haushaltskonsolidierung“, Schulen an den Landkreis abzugeben.* Jetzt verlangt der Landkreis für die Nutzung der Sporthallen von der Stadt eine kostendeckende Miete. Und wenn die Sportvereine diese Miete nicht zahlen können, dann soll die Stadt eben einen Zuschuss gewähren.

Nach dem in solchen Fällen immer wieder strapazierten Prinzip der Gleichbehandlung will die Kreisverwaltung die Vereine eben nicht mehr durch kostengünstige

Mieten subventionieren. Und sie argumentiert: Das ist für die Stadt keine Mehrbelastung. Sie hat schließlich in der Vergangenheit auch alle Kosten für die Sporthallen getragen und sie dann den Vereinen zu einem nicht kostendeckenden Preis überlassen.

Wie dem auch sei: Die schlechte Zusammenarbeit zwischen Kreis- und Stadtverwaltung tobt sich auf dem Rücken der Sportlerinnen und Sportler aus. So war es auch im letzten Jahr. Da war das erste Ergebnis der Übernahme der Schulen durch den Landkreis eine miserable Organisation der Veränderungen und damit eine Verunsicherung der Eltern und Schüler. Bürgerfreundliche Kreis- und Stadtverwaltung stellt Mensch sich anders vor.

Der dritte Schwerpunkt der Bürgerfragestunde war die Erhöhung bzw. erstmalige *Einführung von Gebühren für die Musikschule.*

Vor nicht langer Zeit war das Fürstenwalder Gardemusikkorps der Musikschule zugeschlagen worden. Die Mitglieder wurden nicht gefragt. Die sollten froh sein, dass ihr Orchester nicht im Rahmen der Haushaltskonsolidierung den Bach runter ging. Jetzt soll jeder Musiker, der nicht andere Gebühren für die Musikschule zahlt, im Jahr 150 Euro abdrücken. Auch hier das Ar-

gument: Die Gebühren für die Musikschule spielen einen zu geringen Teil der Kosten ein. So wurde es denn auch trotz Protest der Mehrheit des Kreistages beschlossen.

In diesem Zusammenhang kam es zu einem üblen *Fall von brauner Trittbrettfahrerei.* Unsere Fraktion hatte bereits im Vorfeld den Antrag gestellt, die Gebühren für Orchestermusiker zu streichen. Die *Braune Fraktion* schloss sich – im Rahmen der neuen NPD-Strategie – unserem Antrag an. Ich habe diese demagogische Eskapade sofort in aller Schärfe zurückgewiesen. So tief wird keiner von uns sinken, dass er braune Unterstützung akzeptiert. Was diese Herrschaften treibt, wurde auch an ihrem Antrag deutlich, Gebührenermäßigungen für Asylbewerber zu streichen. Die *Braune Logik* geht so: Die haben hier nichts zu suchen, also braucht man sie auch nicht als Menschen zu behandeln.

Mir kam da das alte Lied vom Klassenfeind in den Sinn:

*„Was immer ich auch noch lerne, das bleibt das Einmaleins: Nichts habe ich jemals gemeinsam mit der Sache des Klassenfeinds.“*

Für den Umgang mit der NPD-Fraktion im Kreistag gilt dieser Satz allemal.



**Dr. Bernd Stiller**  
Langewahl

Mitglied des Kreistages  
Oder-Spree, Fraktion  
DIE LINKE,  
Mitglied im Ausschuss  
für Soziales,  
Bildung, Kultur und  
Sport  
Kontakt:  
drstiller@t-online.de

## Ruhe um die „Schulentwicklungsplanung“?

*Auszug aus Dr. Bernd Stillers Redebeitrag zur Ablehnung kreislichen „Schulentwicklungsplanung“:*

... es war relativ ruhig in den Beratungen zur Schulentwicklungsplanung und trotzdem empfehle ich dringend, diese Ruhe nicht als Zustimmung zu werten.

Ich möchte ... nicht das Bild der „Ruhe vor dem Sturm“ aufgreifen, denn noch ist nicht sicher, ob der zunehmende Unmut von Eltern, aber auch von Schülern und anderen Beteiligten, sich zum Empörungsturm in den nächsten Jahren entwickeln wird ...

Aus welchem Grunde sich die Bildungspolitik in Brandenburg bessern könnte, ob aus Ihrer Einsicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der in Land und Kreis regierenden SPD und CDU, oder durch den Zwang von Elternprotesten, bleibt letztlich unwichtig. Wichtig

ist allein, dass sich im Interesse der heranwachsenden Generation, der „Mischmasch“ aus bildungspolitischem Konservatismus und rigidem Sparkurs zu Lasten der Kinder endlich überwunden wird.

Und hören Sie bitte auf ... Ihre Rotsiftpolitik auch im Bildungsbereich mit Sparverpflichtungen gegenüber nachfolgenden Generationen zu begründen. Sie lassen – erst gestern wieder – dieses edle Motiv der Haushaltspolitik über das Fernsehen streuen, doch die Eltern sehen vor Ort, wie Klassen immer größer werden und Schulwege immer weiter. Sie streichen vormittags auf Landesebene überproportional der nachwachsenden Generation Lehrerstellen weg, und erzählen ihnen abends, das geschieht nur zu ihrem Nutzen. Das ist absurd.

Damit bin ich bei der Schulentwicklung hier im Landkreis. Schul-

entwicklungsplanung auf kommunaler Ebene kann nicht losgelöst von landespolitischen Vorgaben erfolgen. Insofern möchte ich auch klar stellen, dass meine bzw. unsere Kritik als Fraktion diesmal eher weniger der Kreisverwaltung gilt ...

### Kritik der Fraktion DIE LINKE:

- „Schulentwicklungsplanung“ lediglich wie früher eine emotionslose Übersicht über Schulstandorte.
- Die Gefährdung der gymnasialen Oberstufen an Oberstufenzentren und Gesamtschulen wurde nur thematisiert, es werden keine Auswege aufgezeigt.
- Die Unwägbarkeiten der Bildungspolitik des Landes wurden widerstandslos übernommen.
- Es erfolgt im Prozess der „Schulentwicklungsplanung“ keine Auseinandersetzung mit den zahlreichen Stellungnahmen der Elternw.





# Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen



Vor 70 Jahren – im Juli 1937 beginnt die SS auf dem Ettersberg bei Weimar mit der Errichtung des KZ Buchenwald

Foto: Sammlung Gedenkstätte Buchenwald, Bild-Nr. 001.013

Im Konzentrationslager Buchenwald kamen 100 000 Menschen ums Leben. Sie wurden ermordet, verhungerten, starben in Folge von Menschenversuchen oder setzten, weil sie die Qualen nicht länger ertragen konnten, ihrem Leben selbst ein Ende. Am 19. April 1945 legten die Überlebenden einen Schwur ab: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!“

Im Jahre 2005, 60 Jahre danach, baten die Herausgeber die letzten ehemaligen KZ-Häftlinge von Buchenwald um Interviews über ihr Leben. Es ist ein Band entstanden, in dem der politisch verfolgte Sozi-

aldemokrat neben rein rassistisch Verfolgten jüdischer Herkunft, der politisch verfolgte Kommunist neben dem Offizier, der zur Verschwörung des 20. Juli gerechnet wurde, der „Sippenhäftling“ neben rassistisch verfolgten Roma und Farbigen stehen. Insgesamt sind 18 Lebensbilder entstanden – mit sehr unterschiedlichen Meinungen über das, was nach 1945 in Ost und West geschah. Heute gehen gerade in der Einschätzung der DDR die Meinungen auseinander und offenbaren einen Pluralismus, der von distanzloser Verteidigung bis zu vollständiger Ablehnung der DDR reicht.

Darin unterscheidet sich der Band ganz offensichtlich vom bundesoffiziellen Pluralismus, der

eine Befürwortung der DDR selbst bei Menschen, die ihre politische Haltung mit vielen Jahren KZ bezahlt haben, nicht erträgt. Die Herausgeber hatten dem Verlag vorgeschlagen, mit der Landeszentrale für Politische Bildung jenes Landes Kontakt aufzunehmen, in dem die Gedenkstätte Buchenwald liegt. Von dort erreichte uns folgende Antwort: Die „Publikation kommt sicherlich für einen Ankauf durch die Landeszentrale für politische Bildung nicht in Frage. Die Nutzer unseres Publikationsangebots sind vorwiegend Jugendliche und junge Erwachsene, die allein sprachlich durch die vorliegenden Texte sich kaum angesprochen fühlen werden. Vor allem aber werden in einigen Texten die Schwarz-Weiß-Bilder des DDR-Offizialantifaschismus reproduziert, die doch (selbst-)kritisch zu hinterfragen wären.“

Das zu kommentieren, hieße, sich zu tief zu bücken.

Jörn Schütrumpf, dietz berlin

Die im Buch vorgestellten „DDR-Offizialantifaschisten“, „die kritisch zu hinterfragen sind“:

Willi Kirschey  
Herbert Grämmel  
Benno Biebel  
Herbert Thomas  
Otto Grube  
Gerhart Zschocher  
Reinhold Lochmann  
Kurt Julius Goldstein  
Werner Krusch  
Klaus Trostorff  
Franz von Hammerstein  
Ottomar Rothmann  
Adam König  
Ewald Hanstein  
Siegwart-Horst Günther  
Günter Pappenheim  
Franz Rosenbach  
Gert Schramm

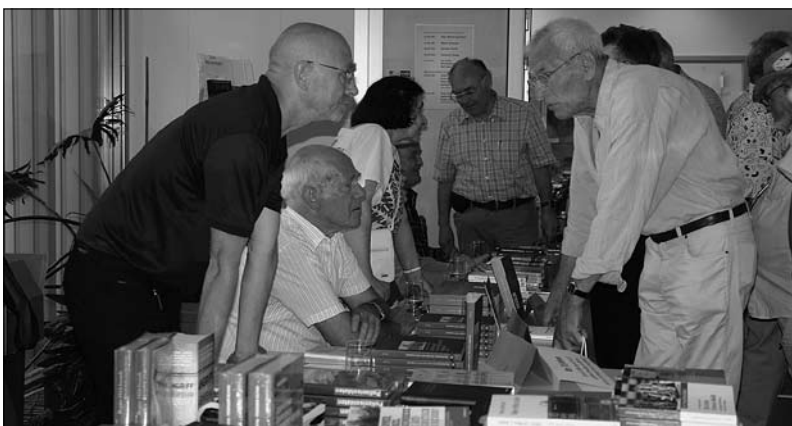
Aus einem Brief vom

## Haus der Wannsee-Konferenz Gedenk- und Bildungsstätte

„... vielen Dank für das Buch „Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen“.

Ein Buchprojekt ist immer eine mühsame und langwierige Sache, deshalb freut es mich um so mehr, dass Sie es geschafft haben diese unterschiedlichen Biographien zusammenzustellen. Es war sicherlich auch nicht leicht, die Interviewten zu überzeugen, erneut sich mit den Erinnerungen auseinander zu setzen.

Nochmals vielen Dank und herzliche Grüße  
Gaby M. Oelrichs“



Pressefest des „Neuen Deutschland“ am 9. Juni in Berlin. Am Autorentisch des ND-Bücherservice Gerhard Hoffmann, Frankfurt (Oder) und Peter Hochmuth, Woltersdorf (von links) stellen ihr Buch mit achtzehn Lebensgeschichten ehemaliger Häftlinge des KZ Buchenwald vor.



dietz berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Peter Hochmuth,  
Gerhard Hoffmann  
(Hrsg.)

**Buchenwald,  
ich kann dich nicht  
vergessen  
Lebensbilder**

Texte 35 der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
ca. 180 Seiten, Broschur mit Abbildungen, 14,90 €  
ISBN  
978-3-320-02100-9

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die Doppelnummer der Zeitung der LINKEN im Landkreis Oder-Spree in der Hand. Mit der Neugründung der Partei haben wir uns gedacht, die Monatszeitschrift „Widerspruch“ muss ein neues Erscheinungsbild haben. Wir hoffen, es gefällt Ihnen.

Inhaltlich ändert sich wenig, denn der Abbau der Demokratie und der Sozialsysteme, die Massenarbeitslosigkeit, Lohndumping, Rentenkürzungen und Preissteigerungen verschlechtern das tägliche Leben jedes Einzelnen. Kriegsgefahr und das Um-sich-Greifen rechten Gedankengutes beunruhigen viele Menschen zwischen Oder und Spree. Entscheidungen der kommunalen Parlamente sind oft nicht nachvollziehbar oder von einseitigen parteipolitischen Interessen geprägt. Wir haben uns deshalb entschieden, den Titel „Widerspruch“ für unser Magazin beizubehalten. Nicht nur in Wahlkampfzeiten sehen wir uns als Oppositionspartei im Widerspruch zu den gegenwärtigen Macht- und Ausbeutungsverhältnissen. Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie fallen nicht vom Himmel. Die Ideen und das Engagement aller Bürger unseres Landkreises sind notwendig. Das wiederum braucht Information, die diese Zeitschrift geben will.

Sie wendet sich an unsere Parteimitglieder, an alle Bürgerinnen und Bürger in Oder-Spree, die Interesse und Sympathie für linke Politik hegen.

Unser Blatt soll sich von den ziemlich gleich geschalteten Publikationen unterscheiden und die Ziele, Werte und Politikansätze der neuen Linkspartei darstellen. Wir wollen, wie bisher, Bundes- und Landespolitik der LINKEN im Original wiedergeben und beleuchten sowie aus der Arbeit unserer Fraktionen in Kommunen und Kreistag berichten. Stärker als in den letzten Jahren werden wir die Aktivitäten, Meinungen und Positionen der Genossen und Sympathisanten aus unserem Landkreis vorstellen, von denen in der „Märkischen Oderzeitung“ und den anderen Medien unserer Region wenig bis nichts zu erfahren ist. Insofern soll der „Widerspruch“ dem Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Kommunalpolitik dienen. Natürlich werden auch Wirtschaft, Umweltschutz, Bildung, Kultur und Freizeit nicht zu kurz kommen.

Da wir Zeitungsmacher ehrenamtlich arbeiten, sind wir dabei auf Zuarbeiten von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, angewiesen. Wir freuen uns auf Beiträge aus Ihrer Region, Ihrer Stadt, Ihrer Kommune. Nichts erschlägt einen Interessenten mehr als eine „Bleiwüste“ aus reinem Text. Ein Bild sagt oft mehr als 1000 Worte. Deshalb schicken Sie uns auch einen Schnappschuss dazu.

Die Herausgeber

### Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE in Oder Spree

■ Öffnungszeiten im Zeitraum 16.7.–3.8.2007

Dienstag 9–12 Uhr, 13–16 Uhr (Kassenöffnung)  
Donnerstag 9–12 Uhr, 13–16 Uhr

■ Öffnungszeiten im Zeitraum 6.8.–24.8.2007

Montag, Mittwoch 9–11.30 Uhr  
Dienstag 9–12 Uhr, 13–16 Uhr (Kassenöffnung)  
Donnerstag 9.30–12 Uhr (Kassenöffnung), 13–16 Uhr  
Freitag 9.30–11.30 Uhr



... ab 19. Juli im Kino ... Film-Tipp ...

## Du bist nicht allein

mit Katharina Thalbach, Axel Prahl, Ekaterina Medvedeva, Herbert Knaup

Seit Jewgenia neben den Molls wohnt, ist Vater Hans Feuer und Flamme. Während sich der Arbeitslose seinen erwachten Frühlingsgefühlen hingibt, konzentriert sich seine Frau auf die Karriere bei einem Wachdienst. Über viel Zeit, aber keine Arbeit verfügen Herr und Frau Wellinek. Sie schauspielerte früher, er war ein gefragter Physiker. Allzu gerne leistet Hans Moll Nachbarschaftshilfe bei Jewgenia, der neuen Nachbarin. Anfangs ist es nur Sympathie. Hans, der arbeitslose Maler und Tapezierer, hat sich arrangiert mit seinem Leben ohne Job, jetzt weckt ihn das Verliebtsein wieder auf. Hans' Frau hat gerade Arbeit gefunden, bei einem Sicherheitsdienst. Endlich nicht mehr nutzlos die Zeit vertändeln. Die Geschichte spielt in Berlin-Marzahn. Trostlos Leben im Plattenbau – ein Klischee? Axel Prahl spielt hingebungsvoll diesen Mann, der zwischen zwei Frauen hin- und hergerissen ist, dem der kümmerliche Alltag die Lust am Leben und den Glauben an sich selbst genommen hat. „Du bist nicht allein“ – ein berührender Film über die Sehnsucht, die in uns steckt. Eine Komödie voller Melancholie, wenn Traum des einen die Enttäuschung des anderen ist.

## Herzlichen Glückwunsch!



2.7.	Guntram Weinhold	Friedland, OT Leißnitz	65 J.
5.7.	Erika Rose	Beeskow	84 J.
12.7.	Christel Eichhorn	Eisenhüttenstadt	86 J.
13.7.	Hans-Joachim Trautewein	Fürstenwalde	75 J.
18.7.	Werner Thieme	Grünheide, OT Mönchwinkel	70 J.
21.7.	Martin Heider	Fürstenwale	83 J.
28.7.	Werner Ohl	Fürstenwalde	80 J.
28.7.	Margarete Wenkel	Eisenhüttenstadt	86 J.
29.7.	Anny Przyklenk	Woltersdorf	65 J.
30.7.	Klaus-Dieter Pooch	Steinhöfel, OT Beerfelde	65 J.
30.7.	Heinz Sänger	Eisenhüttenstadt	81 J.
1.8.	Götz-R. Richter	Bad Saarow	86 J.
3.8.	Rudolf Saubert	Schöneiche	70 J.
4.8.	Rita Engel	Rietz-Neuendorf, OT Alt Golm	65 J.
5.8.	Irmgard Schulz	Eisenhüttenstadt	70 J.
7.8.	Wolfgang Kurch	Schöneiche	75 J.
7.8.	Artur Pech	Schöneiche	60 J.
16.8.	Hedwig Redel	Schöneiche	95 J.
18.8.	Charlotte Friedrich	Woltersdorf	70 J.
18.8.	Gertrud Jahnke	Fürstenwalde	81 J.
20.8.	Kurt Schober	Eisenhüttenstadt	80 J.
26.8.	Manfred Gennrich	Fürstenwalde	75 J.
26.8.	Irene Liesegang	Sprenghagen, OT Lebbin	84 J.
29.8.	Rolf Bazylly	Fürstenwalde	70 J.

### IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth-@t-online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira\_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 3 000

Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de

Druck: Saxoprint GmbH, Digital- & Offsetdruckerei, Enderstraße 94, 01277 Dresden

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder.

Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

# SPD stimmt gegen Mindestlohn

## Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag „Deutschland braucht Mindestlöhne“ am 14. Juni 2007

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU/CSU	0	200	0
SPD	4	193	1
FDP	0	38	0
DIE LINKE.	49	0	0
B 90 / Grüne	46	0	0

### SPD blockiert und heuchelt

In der Öffentlichkeit sammelt die SPD seit einiger Zeit Unterschriften für den gesetzlichen Mindestlohn, als Regierungspartei aber verhindert sie ihn weiter.

DIE LINKE. hat einen Antrag eingebracht, in dem sie die Forderungen der SPD-Unterschriftenaktion eins zu eins übernommen hat. Die Forderung nach tariflichen Mindestlöhnen und - wo diese zu niedrig sind - nach einem gesetzlichen Mindestlohn in der Höhe der Mindestlöhne vergleichbarer europäischer Länder ist zentraler Bestandteil des Antrags.

Die SPD hätte bei der Abstimmung am 14. Juni zeigen können, dass sie dem Wohl der Menschen verpflichtet ist, die zu Armutslöhnen arbeiten.

### SPD stimmt gegen sich selbst

Mit fadenscheinigen Ausreden stimmte die SPD jetzt gegen die Forderungen ihrer eigenen Unterschriftensammlung. Damit nimmt sich die SPD selbst nicht ernst. Schlimmer noch: Sie nimmt die Menschen, die noch immer zu Armutslöhnen arbeiten müssen, nicht ernst. Beides ist eine Bankrotterklärung.

Die politische Schizophrenie der Sozialdemokratie kann auch deren arbeitsmarktpolitischen Sprecher, Klaus Brandner, nicht überdecken. Für ihn sind die eigenen Worte, wenn sie von anderen ausgesprochen werden, nichts als Propaganda. Die SPD wirbt öffentlich für den Mindestlohn und lehnt ihn gleichzeitig im Parlament ab.

### Deutschland braucht Mindestlöhne

Millionen Menschen in der Bundesrepublik arbeiten noch immer zu Hungerlöhnen - die Wachschränkerin mit einem Stundenlohn von 4,70 Euro, der Friseur mit 3,50 Euro, die Kellnerin mit 5,10 Euro. Noch immer verweigert ihnen die Bundesregierung einen Lohn, der ein Leben in Würde möglich machen würde.

„Die Koalitionsdisziplin ist ihnen wichtiger als die Erreichung eines so wichtigen Ziels“, entlarvt Gregor Gysi das Treiben der SPD. 3,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland verdienen weniger als 900 Euro netto im Monat. SPD und CDU/CSU bieten diesen Menschen nichts außer arroganten Reden.

[www.linksfraktion.de/mindestlohn](http://www.linksfraktion.de/mindestlohn)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Eltern wehren sich!

Eine Elterninitiative sammelt Unterschriften und veranstaltete am 3. Juli eine öffentliche Elternversammlung auf dem Markt in Fürstenwalde

*Hintergrund:* Die drei vierten Klassen der Theodor-Fontane-Grundschule Fürstenwalde sollen im neuen Schuljahr zu zwei Klassen mit über 30 Schülern zusammengelegt werden. Dagegen wehrt sich seit Bekanntwerden der Pläne des Schulverwaltungsamtes Frankfurt (Oder) eine Initiative engagierter Eltern.

„Große Klassen sind für die Lehrerinnen und Lehrer eine Zumutung, die vom eigentlichen Auftrag einer guten Bildung und Erziehung für die Kinder abhält. Wir wollen aber die beste Bildung für unsere Kinder, da wir wissen, dass gute Bildung beste Zukunftschancen für unsere Kinder sichert. Die besondere Förderung von Kindern mit Aufmerksamkeitsstörungen, Hyperaktivität, Lese-Rechtschreibschwäche, allgemein lernschwache, verhaltensauffällige und förderbedürftige Kinder, Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch die individuelle Förderung von begabten Schülerinnen und Schülern kann in diesen übergroßen Klasse nicht mehr gewährleistet werden. Die Bildung von übergroßen Klassen widerspricht dem erklärten Ziel der Landesregierung die Qualität des Unterrichts deutlich verbessern“, argumentieren die Eltern.

Innerhalb der letzten Wochen haben sie Unterschriften für eine Petition an den Landtag Brandenburg zum Erhalt der jetzigen



der drei Klassen, mehr noch: Sie sprach sich grundsätzlich gegen die Bildung übergroßer Klassen aus. Da die Meinung kein Gehör fand, beschloss die Elterninitiative den nächsten Schritt: Sie rief zur gemeinsamen Schüler-Eltern-Großeltern-Versammlung am 3. Juli auf den Marktplatz Fürstenwalde auf. Mehr als 200 Eltern, einige Lehrer, Sympathisanten und viele Kinder aus den betroffenen Klassen kamen. Unterstützt wurden sie von prominenten Gästen: Stefan Sarrach, MdL, Bürgermeister Manfred Reim, Stephan Wende, Elternvertreter äußerten ihre Meinung wie



die betroffenen Eltern. Die Kinder bauten aus Kartons eine Wand, die verschiedene Bildungshemmnisse symbolisierte. Diese Mauer aus Hindernissen wurde während der Veranstaltung von ihnen gestürmt und zerstört.

Der Kampf gegen sinnloses Klassenzusammenlegen, überfüllte Klassen, Lehrerstellenstreichen, Unterrichtsausfall und Schulschließungen geht alle an – Schüler, Lehrer, Eltern und Großeltern. „Wir lassen uns das nicht mehr gefallen. Wir stellen die Landesregierung und den Landtag zur Rede. Wir kämpfen für unsere drei vierten Klassen und wir kämpfen mit allen gemeinsam gegen das verheerende Sparen in der Bildungspolitik auf Kosten unserer Kinder. Es reicht!“, so Silvia Ponta, Sprecherin der Elterninitiative der Klasse 4a.

*Fotos/Text: Sonja Friedrich, Fürstwalde*



Klassenstruktur auch im nächsten Schuljahr gesammelt. 1132 konnte Martina Klug als betroffene Mutter Bildungsminister Rupperecht übergeben, nachdem Stefan Sarrach, MdL, die Begegnung vermittelt hatte. Und das Sammeln geht weiter, die Eltern geben nicht auf.

Die Schulkonferenz entschied sich mehrheitlich für den Erhalt